Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Pragmatische Lösungen für eine krisenfeste Mobilität: Radverkehr fördern!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Es gilt das Verkehrschaos auf Berlins Straßen einzudämmen und die Funktionsfähigkeit der Stadt abzusichern. Wenn marode Straßenbrücken bröseln, die Ringbahn in den kommenden Jahren während der Bauzeit der neuen Autobahnbrücken immer wieder gesperrt wird und Versorgungsfahrzeuge wie Busse im Stau stecken bleiben, dann braucht es pragmatische und zukunftsfeste Wege aus dem Verkehrskollaps.

Vielen Menschen bleibt, besonders in Ausnahmesituationen, nur das Verkehrsmittel Fahrrad als zuverlässige Alternative, um längere Strecken durch die Stadt zurücklegen zu können.

Der Senat wird daher aufgefordert, dafür zu sorgen, dass

- ein öffentlich gefördertes Fahrradverleihsystem mit einem verlässlichen Angebot in allen Teilen Berlins ohne Unterbrechung dauerhaft fortgeführt wird.
- eine Landesförderung für den Kauf und das Leasing von für den Wirtschaftsverkehr genutzten Lastenrädern wieder eingeführt wird. Hierbei soll eine Aufnahme im Förderprogramm für wirtschaftsnahe Elektromobilität (WELMO) geprüft werden.
- alle Mitarbeitenden der Berliner Verwaltung durch Beseitigung der dienstrechtlichen Hindernisse bei den Beamt*innen ebenfalls Zugang zum Arbeitgeber-geförderten Fahrradleasing bekommen, damit auch sie auf das Angebot eines Dienstfahrrads zugreifen können.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Oktober 2025 zu berichten.

Begründung

Es braucht nachhaltige Lösungen, um die Mobilität der Menschen in Berlin sicherzustellen. Gerade in Ausnahmesituationen, wie Streiks, Epidemien oder überlastete Straßen mit Dauerstaus, kann das Fahrrad für zahlreiche Menschen schnelle Hilfe bringen. Ein Fahrrad benötigt nicht viel Platz, keinen Treibstoff und kein fremdes Fahrpersonal. Zudem ist ein Fahrrad relativ preiswert zu erhalten und ohne Führerschein fahrbar. Das Fahrrad ist damit der Krisenlöser unter den Verkehrsmitteln.

Längerfristig steigt zudem aufgrund der maroden Infrastruktur das Risiko künftiger Straßen- und Brückensperrungen. Auch die Sanierungsbedarfe im Nahverkehrssystem führen regelmäßig zu Ausfällen oder Streckensperrungen, was die Berliner*innen zum Umstieg zwingt. Wenn die Straßenbrücken bröseln, Bus und Bahn bestreikt werden oder das Fahrpersonal aufgrund von Epidemien ausfällt, dann bleibt vielen Menschen das Fahrrad als einzige zuverlässige Alternative auch längere Strecken in der Stadt zurück zu kommen, um von A nach B zu kommen.

Der Modal Split verschiebt sich in Berlin seit Jahren zu Gunsten des Umweltverbundes. Bereits 76 Prozent der Menschen in Berlin nutzen Bus und Bahn, gehen zu Fuß oder fahren Rad. Sowohl der Pkw-Besitz als auch der Anteil des Kfz-Verkehrs an der Gesamtverkehrsmenge geht im gleichen Zuge kontinuierlich zurück. Die Anschaffung von Fahrrädern für die Wirtschaft, die Verwaltung und alle anderen zu fördern, unterstützt diesen Weg und ermöglicht es mehr Menschen trotz Verkehrschaos mobil zu bleiben. Deshalb braucht es das Fahrradleasing für die Verwaltung, Lastenräder für die Wirtschaft und Leihräder für alle anderen.

Fahrradverleihsystem

Öffentliche Fahrradverleihsysteme helfen den Menschen, effizient, gesundheitsfördernd, umweltfreundlich und ohne CO₂-Emissionen unterwegs zu sein – entweder auf dem ganzen Weg oder auf der sogenannten letzte Meile zwischen Wohnort und ÖPNV-Station. Ein öffentlich gefördertes Leihfahrradsystem ermöglicht es der Kommune, für eine ausreichende Zahl an Leihfahrrädern an den richtigen Orten zu sorgen. Die vom Senat angekündigte ersatzlose Streichung der öffentlichen Förderung ist abzulehnen. Nur mit einer öffentlichen Förderung kann das Angebot auch außerhalb des S-Bahn-rings aufrechterhalten werden.

Das öffentlich geförderte Fahrradverleihsystem in Berlin muss deshalb erhalten und weiter verbessert werden. Nur ein sehr geringer Anteil der Leihfahrräder wird bisher außerhalb des S-Bahn-Rings angeboten, weit mehr als zwei Drittel der Leihstationen befinden sich innerhalb des S-Bahn-Rings. Doch gerade in Biesdorf, Heinersdorf oder Kladow, um nur wenige Ortsteile zu nennen, sind die Menschen auf Alternativen angewiesen, denn bei Störungen des Nahverkehrs gibt es hier meist keine ÖPNV-Alternativen. Das zum Teil lückenhafte ÖPNV-Angebot lässt sich perfekt mit Leihfahrrädern als Zubringer zu den ÖPNV-Stationen ergänzen. Deshalb sollte hier geprüft werden, wie eine sinnvolle Rabattierung in Zusammenhang mit ÖPNV-Tickets angeboten werden kann.

Lastenradförderung

Vor allem im Wirtschaftsverkehr übernehmen Lastenräder in Berlin immer mehr Aufgaben. Jeder Weg mit dem Lastenrad zu den Kund*innen ersetzt bereits eine Fahrt mit dem Transporter oder PKW und entlastet heute damit die zugestauten Umleitungsstrecken um die maroden Brücken in Berlin.

Die Mittel der Förderrunde für Kauf oder Leasing von Lastenrädern 2021 waren in wenigen Stunden aufgebraucht, lediglich 200 Lastenräder und Anhänger konnten mit den begrenzten Landesmitteln bezuschusst werden. Die im letzten Haushalt auf 3 Mio EUR aufgestockten Finanzmittel wurden nun komplett gestrichen.

Fahrradleasing

Fahrradleasing ist bereits heute ein voller Erfolg. Fünf bis zehn Prozent der Beschäftigten und sogar ein Viertel der BVG-Angestellten (vgl. Schriftliche Anfrage S19/19188) haben sich mit dem geförderten Fahrradleasing für eine aktive Mobilität entschieden, die den Stadtverkehr entlastet.

Nach einer Tarifeinigung haben Tarifbeschäftigte des Landes Berlin Anspruch darauf, dass Fahrradleasing durch Entgeltumwandlung ermöglicht wird, wenn eine solche Entgeltumwandlung auch Beamt*innen des Landes angeboten wird. Bisher hat der Senat aber keine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen. Auch für die Beschäftigten der Berliner Verwaltungen könnte das Fahrradleasing ein voller Erfolg werden, wenn endlich ein rechtskonformer Weg gefunden wird, es Tarifangestellten und Beamt*innen gleichermaßen anzubieten. Auch die Verwaltungen könnten so mit attraktiven Arbeitsbedingungen punkten und leichter Personal gewinnen – gerade in Zeiten des Fachkräftemangels.

Berlin, den 17. Juni 2025

Jarasch Graf Hassepaß Kapek
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen